

# BR/GT I/73 d/70

## Travaux Préparatoires EPÜ 1973

### Hinweis:

Die Dokumente zu den Travaux Préparatoires EPÜ 1973 stellen lediglich ein internes Arbeitsmittel der Direktion Patentrecht im Europäischen Patentamt dar. Eine Gewähr für Richtigkeit und Vollständigkeit der Dokumente kann daher nicht übernommen werden.



REGIERUNGSKONFERENZ  
ÜBER DIE EINFÜHRUNG EINES EUROPÄISCHEN  
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

---

Brüssel, den 16. November 1970  
BR/GT I/73/70

- Sekretariat -

Von dem Vorsitzenden der Untergruppe "Gebührenordnung" der Arbeitsgruppe I vorgelegte

Arbeitsunterlage

für den Entwurf einer Gebührenordnung  
zum Uebereinkommen über ein europäisches Patenterteilungsverfahren



REGIERUNGSKONFERENZ  
ÜBER DIE EINFÜHRUNG EINES EUROPÄISCHEN  
PATENTERTEILUNGSVERFAHRENS

---

Brüssel, den 16. November 1970  
BR/GT I/73/70

- Sekretariat -

Von dem Vorsitzenden der Untergruppe "Gebührenordnung" der Arbeitsgruppe I vorgelegte

Arbeitsunterlage

für den Entwurf einer Gebührenordnung  
zum Uebereinkommen über ein europäisches Patenterteilungsverfahren

---

## Bemerkungen

---

### Zur Präambel

Die Bestimmung des Uebereinkommens, auf die hier verwiesen wird, ist von der Arbeitsgruppe II ausgearbeitet worden (Dokument BR/33/70, Artikel a Absatz 1 Buchstabe Bc)

---

## Vorschlag

---

Der Verwaltungsrat des Europäischen Patentamts, gestützt auf Artikel ... des Uebereinkommens über ein europäisches Patenterteilungsverfahren,  
erlässt hiermit folgende Gebührenordnung:

Bemerkungen

## Allgemeines

---

### Vorschlag

---

Die im Uebereinkommen und in der Ausführungsordnung zum Uebereinkommen vorgesehenen Gebühren sowie die Gebühren, die der Präsident des Europäischen Patentamts aufgrund des Artikels 3 festsetzt, werden nach den Vorschriften dieser Gebührenordnung erhoben.

---

## Bemerkungen

---

### Zu Artikel 2

#### Allgemeines

1. Das Verzeichnis der im Uebereinkommen und in der Ausführungsordnung zum Uebereinkommen vorgesehenen Gebühren könnte auch in eine Anlage zu dieser Gebührenordnung aufgenommen werden. In diesem Falle wäre für Artikel 2 etwa folgender Wortlaut denkbar:  
"Die Höhe der im Uebereinkommen und in der Ausführungsordnung zum Uebereinkommen vorgesehenen Gebühren wird in der Anlage zu dieser Gebührenordnung festgesetzt."
2. In Anlehnung an den Bericht der Arbeitsgruppe IV über die Finanzierung des Europäischen Patentamts (Vorschläge des Vorsitzenden, Dokument BR/GT IV/37/70) sind die Gebührenbeträge im folgenden vorläufig in Dollars angegeben. Die in diesem Bericht (Kapitel XIII, Zusammenfassung der Schlussfolgerungen) vorgeschlagenen Gebührenansätze sind mit den dort vorgeschlagenen Varianten übernommen worden und werden hier als Variante A und Variante B bezeichnet. Für die im erwähnten Bericht der Arbeitsgruppe IV, Anlage 11, als "neutral" und "nicht berücksichtigt" bezeichneten Gebühren sind keine Beträge eingesetzt worden. Diese Beträge fallen weder für die Finanzierung des Europäischen Patentamts noch für die Anmelder ins Gewicht, da sie nur gerade kostendeckend ausgestaltet werden sollen. Es wäre daher verfrüht, sie jetzt schon dem Betrage nach festzusetzen.

Im Uebereinkommen und in der Ausführungsordnung zum Uebereinkommen vorgesehene Gebühren

---

Vorschlag

---

Die im Uebereinkommen und in der Ausführungsordnung zum Uebereinkommen vorgesehenen Gebühren werden wie folgt festgesetzt:

	<u>Variante A</u>	Dollars	<u>Variante B</u>
1) Anmeldegebühr (Artikel 66 Absatz 3 des Uebereinkommens)	100		118

---

## Bemerkungen

---

### Zu Nummer 2

Nach Artikel 67 Absatz 2 des Uebereinkommens ist für die Benennung eines Vertragsstaates die in der Gebührenordnung vorgeschriebene Gebühr zu zahlen. Nach Absatz 4 der selben Bestimmung kann eine Gruppe von Vertragsstaaten im Sinne von Artikel 8 des Uebereinkommens vorschreiben, dass ihre Benennung nur gemeinsam erfolgen kann und dass die Benennung eines Teils der Vertragsstaaten der Gruppe als Benennung aller dieser Vertragsstaaten gilt. Der Wortlaut dieser Bestimmung schliesst nicht aus, dass für alle in einer solchen Gruppe zusammengeschlossenen Vertragsstaaten je eine Benennungsgebühr bezahlt werden muss. Will man für eine solche Gruppe von Vertragsstaaten nur eine einzige Benennungsgebühr erheben, so müsste dies zumindest in der Gebührenordnung klar zum Ausdruck gebracht werden.

Im Gegensatz zu den Schlussfolgerungen der Arbeitsgruppe IV (vgl. Dokument BR/GT IV/37/70) kann man sich aber fragen, ob die Benennungsgebühr für eine Gruppe von Vertragsstaaten nicht ein Mehrfaches derjenigen, die für einen einzelnen Vertragsstaat entrichtet werden muss, betragen sollte.

### Zu Nummer 4

Zurzeit verlangt das IIB von den Mitgliedstaaten des IIB-Uebereinkommens für einen Bericht über den Stand der Technik hfl. 590 (§ 163).

## Vorschlag

	Dollars	
	<u>Variante A</u>	<u>Variante B</u>
2) Benennungsgebühr (Artikel 67 Absatz 2 des Uebereinkommens)		
- für jeden benannten Vertragsstaat	12	15
- für eine Gruppe von Vertragsstaaten, deren Benennung nach Artikel 67 Absatz 4 des Uebereinkommens nur gemeinsam erfolgen kann	...	...
3) Gebühr für die Zulassung von mehr als zehn Patentansprüchen (Artikel ... (Nummer 1 Absatz 1 zu Artikel 71) der Ausführungsordnung) vom 11. Patentanspruch an für jeden Patentanspruch		...
4) Gebühr für die Einholung des Berichts über den Stand der Technik (Artikel 79 Absatz 1 des Uebereinkommens)	wie vom IIB erhoben	100 \$ weniger als vom IIB erhoben

---

Bemerkungen

---

Zu Nummer 6

Die Frage, wer die Kosten des ergänzenden Berichts über den Stand der Technik zu tragen habe, ist einer späteren Prüfung vorbehalten worden. Vergleiche die Bemerkung zu Artikel 122 Absatz 2 des Uebereinkommens.

---

Vorschlag

---

	Dollars	
	<u>Variante A</u>	<u>Variante B</u>
5) Gebühr für die Einholung eines zusätzlichen Berichts über den Stand der Technik (Artikel 79 Absatz 5; Artikel 82 Absatz 3; Artikel 93 Absatz 2; Artikel 113 Absatz 3 des Uebereinkommens)		wie vom IIB erhoben
[ 6) Gebühr für die Einholung eines ergänzenden Berichts über den Stand der Technik (Artikel 122 Absatz 2 des Uebereinkommens)		wie vom IIB erhoben ]
7) Prüfungsgebühr (Artikel 88 Absatz 2 des Uebereinkommens)	100	124
8) Jahresgebühren für die europäische Patentanmeldung (Artikel 129 Absatz 1 des Uebereinkommens)		
- für das 3. Jahr, gerechnet vom Tag der Anmeldung an		35
- " " 4. " " " " " "		50
- " " 5. " " " " " "		65
- " " 6. " " " " " "		80
- " " 7. " " " " " "		100
- " " 8. " " " " " "		120
- " " 9. " " " " " "		140
- " " 10. und je-		
des weitere Jahr, " " " " " "		170

---

## Bemerkungen

---

### Zu Nummer 11

Es sollte noch geprüft werden, ob diese Gebühr als eine Einheitsgebühr oder als eine nach dem Umfang der zu veröffentlichenden Patentschrift gestaffelte Gebühr auszugestalten ist. Gibt man der Einheitsgebühr den Vorzug, so könnte sie zweckmässigerweise mit der Erteilungsgebühr zu einer Pauschalgebühr zusammengefasst werden.

### Zu Nummer 12

Zur Frage, ob diese Gebühr als Einheitsgebühr oder gestaffelte Gebühr ausgestaltet werden soll, wird auf die entsprechende Bemerkung zu Gebühr Nummer 11 verwiesen.

---

Vorschlag

---

	Dollars	
	<u>Variante A</u>	<u>Variante B</u>
9) Zuschlagsgebühr für die verspätete Zahlung einer Jahresgebühr (Artikel 130 Absatz 2 des Uebereinkommens)	...	...
10) Erteilungsgebühr (Artikel 97 Absatz 1 des Uebereinkommens)	25	31
11) Gebühr für die Druckkosten der Patentschrift des europäischen Patents (Artikel 97 Absatz 1 des Uebereinkommens)	...	...
12) Gebühr für die Druckkosten einer neuen Patentschrift des europäischen Patents (Artikel 105 Absatz 3 des Uebereinkommens)	...	...
13) Einspruchsgebühr (Artikel 101 Absatz 1 des Uebereinkommens)	25	31
14) Beschwerdegebühr (Artikel 111 des Uebereinkommens)	100	124

---

## Bemerkungen

---

### Zu Nummer 15

Der bei dieser Gebühr erwähnte Artikel 28a ist von der Arbeitsgruppe I neu ausgearbeitet worden (vgl. Dokument BR 48/70).

### Zu Nummer 17

Nach dem Vorschlag des Vorsitzenden der Untergruppe "Ausführungsordnung" der Arbeitsgruppe I (vgl. BR/GT I/63/70, Nummer 4 zu Art. 162) kann auf besonderen Antrag die Einsicht in die Akten europäischer Patentanmeldungen und europäischer Patente auch in den Räumen der Zentralbehörde für den gewerblichen Rechtsschutz des Vertragsstaates gewährt werden, in dessen Hoheitsgebiet der Antragsteller seinen Sitz oder Wohnsitz hat. Es wird davon ausgegangen, dass der Antragsteller in diesem Fall auch die Kosten für die Uebersendung der Akten zu tragen hat. Gemäss Artikel 3 des vorliegenden Entwurfs einer Gebührenordnung kann der Präsident des Europäischen Patentamts solche Kosten festsetzen.

---

Vorschlag

---

Dollars

Variante A

Variante B

15) Gebühr für die Eintragung eines Rechtsübergangs, einer Lizenz oder eines andern Rechts an der europäischen Patentanmeldung in das europäische Patentregister (Artikel 23 Absatz 2; Artikel 28a neu des Uebereinkommens)

...

16) Gebühr für die Löschung der Eintragung der Erteilung oder des Uebergangs einer Lizenz an der europäischen Patentanmeldung im europäischen Patentregister (Artikel ... (Nummer 1 zu Artikel 28) der Ausführungsordnung)

...

17) Gebühr für die Einsicht in die Akten einer europäischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents (Artikel 23 Absatz 3; Artikel 162 Absatz 3 des Uebereinkommens)

...

18) Gebühr für die Erteilung eines Auszugs aus dem europäischen Patentregister (Artikel 59 Absatz 2 des Uebereinkommens)

...

---

Bemerkungen

---

Zu Nummer 23

Der hier erwähnte Artikel der Ausführungsordnung (Nummer 5 zu Artikel 162 des Uebereinkommens), wie er vom Vorsitzenden der Untergruppe "Ausführungsordnung" der Arbeitsgruppe I im Dokument BR/GT I/63/70 vorgeschlagen wird, ist von der Untergruppe "Ausführungsordnung" noch nicht behandelt worden.

Zu Nummern 24 und 25

Artikel 22 Absatz 1 PCT und Regel 14 PCT überlassen es dem nationalen Recht bzw. dem Anmeldeamt, diese Gebühren zu erheben. Nach Artikel 2 Ziffer x und xv PCT tritt an die Stelle des nationalen Rechts das Recht des vorliegenden Uebereinkommens, und als Anmeldeamt gilt das Europäische Patentamt. Will daher das

---

Vorschlag

---

	Dollars	
	<u>Variante A</u>	<u>Variante B</u>
19) Gebühr für die Ausstellung einer Ausfertigung der Urkunde über das europäische Patent (Artikel ... (Nummer 1 zu Artikel 99) der Ausführungsordnung)	...	
20) Gebühr für den Antrag auf vorsorgliche Beweissicherung (Artikel ... (Nummer 7 Absatz 3 zu Artikel 154) der Ausführungsordnung)	...	
21) Gebühr für den Antrag auf Wiedereinsetzung in den vorigen Stand (Artikel ... (Nummer 1 zu Artikel 156) der Ausführungsordnung)	...	
22) Gebühr für die Ausstellung einer beglaubigten Abschrift der europäischen Patentanmeldung (Artikel ... (Nummer 6 zu Artikel 159) der Ausführungsordnung)	...	
23) Gebühr für Auskünfte aus den Akten einer europäischen Patentanmeldung oder eines europäischen Patents (Artikel ... (Nummer 5 zu Artikel 162) der Ausführungsordnung)	...	
[ 24) Uebermittlungsgebühr für eine internationale Patentanmeldung (Regel 14 PCT)	...	]
[ 25) "Nationale Gebühr" für eine internationale Patentanmeldung (Artikel 22 Absatz 1 PCT)	...	]

---

## Bemerkungen

---

Zu Nummern 24 und 25 (Fortsetzung)

Europäische Patentamt diese im PCT vorgesehenen Gebühren für internationale Patentanmeldungen erheben, so muss noch im Uebereinkommen oder in der Ausführungsordnung zum Uebereinkommen eine entsprechende Rechtsgrundlage geschaffen werden.

(Fortsetzung)

Vorschlag

---

## Bemerkungen

---

### Zu Artikel 3

Nach Auffassung des Vorsitzenden ist die Befugnis des Präsidenten des Europäischen Patentamts, die Abgabepreise für Patentschriften, Abonnemente und andere Druckschriften festzusetzen, in dieser Bestimmung nicht enthalten. Sie ist deshalb nicht miteinbezogen worden, weil es sich hier nicht um eigentliche Gebühren handelt. Sofern dem Präsidenten des Europäischen Patentamts in der Ausführungsordnung zum Uebereinkommen keine solche Ermächtigung zur Kostenfestsetzung erteilt wird, wäre es zweckmässig, die vorliegende Bestimmung entsprechend zu erweitern.

Vom Präsidenten des Europäischen Patentamts festgesetzte Gebühren

---

Vorschlag

---

Der Präsident des Europäischen Patentamts setzt die Gebühren für anderweitige Inanspruchnahme des Europäischen Patentamts, wie für Beglaubigungen, Abschriften, Ablichtungen, Filme, Auskünfte fest und veröffentlicht sie im Amtsblatt des Europäischen Patentamts.

---

## Bemerkungen

---

### Zu Artikel 4

Diese Bestimmung entspricht dem Vorschlag des Vorsitzenden der Untergruppe "Ausführungsordnung" der Arbeitsgruppe I für einen Artikel ... (Nummer 7 zu Artikel 159) und der Bemerkung 2 dazu. Die genannte Untergruppe hat an ihrer Sitzung vom 20. bis 23. Oktober 1970 beschlossen, eine solche Bestimmung nicht in die Ausführungsordnung, sondern in die Gebührenordnung aufzunehmen.

## Fälligkeit der Gebühren

---

### Vorschlag

---

(1) Gebühren, deren Fälligkeit sich nicht aus den Vorschriften des Uebereinkommens oder der Ausführungsordnung zum Uebereinkommen ergibt, werden grundsätzlich mit dem Eingang des Antrags auf Vornahme der gebührenpflichtigen Amtshandlung fällig.

(2) Der Präsident des Europäischen Patentamts kann jedoch davon absehen, die Ausstellung von Unterlagen, Abschriften und Ablichtungen, die Erteilung von Auskünften und ähnliche Dienstleistungen von der vorherigen Zahlung der entsprechenden Gebühr abhängig zu machen.

---

## Bemerkungen

---

### Zu Artikel 5 Absatz 1

Der Katalog der möglichen Zahlungsarten enthält nur solche, die im internationalen Zahlungsverkehr allgemein üblich sind. Ob weitere Zahlungsarten zur Verfügung gestellt werden müssen (z. B. Uebersendung oder Uebergabe von Postschecks, Postüberweisungsaufträgen u. a. ) hängt weitgehend davon ab, wo das Europäische Patentamt seinen Sitz haben wird. Gegebenenfalls können dann weitere Möglichkeiten der Gebührenzahlung, insbesondere die des Sitzlandes in Betracht fallen.

### Zu Artikel 5 Absatz 3

1. Die vorgeschlagene Gebührenordnung geht grundsätzlich von einer zentralen Lösung aus, die darin besteht, dass die Gebühren am Sitz des Europäischen Patentamts zu entrichten sind. Eine solche Lösung drängt sich nach Auffassung des Vorsitzenden aus Gründen der Verwaltungsökonomie auf. Bei einer Beteiligung von 17 Staaten wäre ein dezentrales System, das darin bestehen würde, dass das Europäische Patentamt in einer Mehrzahl von Ländern Postscheck- oder Bankkonten unterhalten müsste, mit erheblichen Umtrieben verbunden. Das zentrale System bringt auch für den Anmelder keine Nachteile mit sich. Im internationalen Zahlungsverkehr bestehen heute ausreichende Möglichkeiten, die eine rasche Uebersendung der einzuzahlenden Beträge gewährleisten. Aus diesen Gründen sieht der Entwurf davon ab, das Europäische Patentamt dazu zu verpflichten, in den Ver-

---

Vorschlag

---

(1) Die an das Europäische Patentamt zu zahlenden Gebühren können entrichtet werden

- a) durch Einzahlung oder Ueberweisung auf ein Bankkonto des Europäischen Patentamts;
- b) durch Einzahlung oder Ueberweisung auf ein Postscheckkonto des Europäischen Patentamts;
- c) durch Postanweisung;
- d) durch Uebergabe oder Uebersendung von Schecks, die auf ein Bankinstitut in ... (Sitzstaat) gezogen und nicht mit Indossament versehen sind;
- e) durch Barzahlung.

(2) Der Präsident des Europäischen Patentamts kann andere Arten der Gebührenzahlung zulassen und deren Einzelheiten regeln; dies gilt insbesondere für die Entrichtung der Gebühren durch Gebührenmarken, mit Hilfe laufender Konten und im Wege des Lastschriftverkehrs.

(3) Das Europäische Patentamt kann auch in den Vertragsstaaten ausserhalb ... (des Sitzstaates) Bankkonten und Postscheckkonten unterhalten, wenn dadurch die Gebührenzahlung erleichtert wird.

---

## Bemerkungen

---

### Zu Artikel 5 Absatz 3 (Fortsetzung)

tragsstaaten Bank- oder Postscheckkonten zu unterhalten. Es ist nicht auszuschliessen, dass im Zahlungsverkehr zwischen einem bestimmten Vertragsstaat und dem Sitzstaat des Europäischen Patentamts Erleichterungen geschaffen werden müssen. Dem Europäischen Patentamt sollte daher ermöglicht werden, in solchen Fällen in einem Vertragsstaat ausserhalb des Sitzstaates Bank- oder Postscheckkonten zu unterhalten.

2. Im Bericht über die 2. Sitzung der Untergruppe "Ausführungsordnung" der Arbeitsgruppe I (vgl. Dokument BR/51/70) wird auf Seite 5 oben im Zusammenhang mit der Einreichung europäischer Patentanmeldungen bei einer nationalen Behörde folgendes ausgeführt:

"Diese rasche Unterrichtung soll dem Patentamt insbesondere die Erhebung der Anmeldegebühr ermöglichen."

Daraus kann geschlossen werden, dass die Untergruppe "Ausführungsordnung" der Auffassung ist, dass die Anmeldegebühr auch dann an das Europäische Patentamt unmittelbar gezahlt werden muss, wenn die Anmeldung gemäss Artikel 64 Absatz 1 Buchstabe b oder Absatz 2 des Übereinkommens bei einer nationalen Behörde eingereicht werden muss oder kann.

Ist diese Schlussfolgerung richtig, dann braucht für diesen Fall in der Gebührenordnung keine besondere Vorschrift aufgenommen zu werden. Vertritt dagegen die Untergruppe "Gebührenordnung" den Standpunkt, dass der Anmelder im Falle des Artikels 64 Absatz 1 Buchstabe b und Absatz 2 auch die Möglichkeit haben sollte, mindestens gewisse Gebühren (z. B. Anmeldegebühr, Benennungsgebühren, Gebühr für mehr als zehn Patentansprüche) bei der nationalen Behörde einzuzahlen, so sollte die Gebührenordnung durch entsprechende Bestimmungen ergänzt werden.

3. Die vorliegende Bestimmung geht davon aus, dass bei den in Artikel 33 Absatz 2 des Übereinkommens genannten Informations- oder Verbindungsstellen des Europäischen Patentamts keine Gebühren zu entrichten sind.

(Fortsetzung)

Vorschlag

---

## Bemerkungen

---

### Zu Artikel 6 Absatz 3

Die in Artikel 24 des Europäischen Währungsabkommens vom 5. August 1955 erwähnte Rechnungseinheit entspricht 0,88867088 Gramm Feingold (=Dollarparität).

Währungen

---

Vorschlag

---

(1) Einzahlungen oder Ueberweisungen auf ein Bankkonto oder ein Postscheckkonto nach Massgabe von Artikel 5 Absatz 1 Buchstaben a und b haben in der Währung des Vertragsstaates zu erfolgen, in dem dieses Konto geführt wird.

(2) Zahlungen nach Massgabe von Artikel 5 Absatz 1 Buchstaben c bis e haben in ... (Landeswährung des Sitzstaates) zu erfolgen.

(3) Werden in Vertragsstaaten ausserhalb ... (des Sitzstaates) Bankkonten oder Postscheckkonten des Europäischen Patentamts geführt, so setzt der Präsident des Europäischen Patentamts den Gegenwert der nach dieser Gebührenordnung in ... (Währung des Sitzstaates) angesetzten Gebühren in den Währungen dieser Vertragsstaaten fest. Die Umrechnung erfolgt auf der Grundlage der Rechnungseinheit im Sinne des Artikels 24 des Europäischen Währungsabkommens vom 5. August 1955. Die so bestimmten Beträge werden jeweils zu Beginn des Kalenderjahres und wenn es die Umstände erfordern im Amtsblatt des Europäischen Patentamts veröffentlicht. Die neuen Beträge sind für alle Zahlungen verbindlich, die zehn Tage nach Veröffentlichung erfolgen.

Bemerkungen

Angaben über die Zahlung

---

Vorschlag

---

(1) Jede Zahlung muss den Einzahler bezeichnen und die notwendigen Angaben enthalten, die es dem Europäischen Patentamt ermöglichen, den Zweck der Zahlung ohne weiteres zu erkennen.

(2) Ist der Zweck der Zahlung nicht ohne weiteres erkennbar, so fordert das Europäische Patentamt den Einzahler auf, innerhalb einer zu bestimmenden Frist diesen Zweck schriftlich mitzuteilen. Kommt er der Aufforderung nicht nach oder kann diese nicht zugestellt werden, so gilt die Zahlung als nicht erfolgt. Kann der gezahlte Betrag dem Einzahler nicht zurückerstattet werden, so wird er ihm während eines Jahres zur Verfügung gehalten. Nach Ablauf dieses Jahres verfällt der Betrag dem Europäischen Patentamt.

---

## Bemerkungen

---

### Zu Artikel 8 Absatz 1

Nach dem von der Untergruppe "Ausführungsordnung" der Arbeitsgruppe I ausgearbeiteten Artikel ... (Nummer 2 zu Artikel 64 des Uebereinkommens) ist für die Einreichung der Unterlagen der europäischen Patentanmeldungen der Tag des Eingangs dieser Unterlagen beim Europäischen Patentamt massgebend. Es erscheint daher konsequent, auch bei Gebührenzahlungen als Einzahlungstag den Tag anzunehmen, an dem die Gebühr beim Europäischen Patentamt "eingeht". Eine solche Lösung drängt sich auch deshalb auf, weil in gewissen Fällen das Datum der Einzahlung oder des Ueberweisungsauftrags aus den Unterlagen, die dem Empfänger der Zahlung zukommen, nicht oder nicht ohne weiteres ersichtlich ist. Eine ernsthafte Benachteiligung der Anmelder ist durch die Annahme des in dieser Vorschrift vorgeschlagenen Systems auch dann praktisch nicht zu befürchten, wenn das Europäische Patentamt nur an seinem Sitz Bank- und Postscheckkonten unterhält; denn die heute im internationalen Zahlungsverkehr bestehenden technischen Hilfsmittel, namentlich der Telexverkehr ermöglichen auch bei Fristknappheit rasche Zahlungsüberweisungen.

### Zu Artikel 8 Absatz 2

Mit dieser Bestimmung wird vermieden, dass der Einzahler einer Gebühr infolge aussergewöhnlicher Verzögerungen bei der Zahlungsübermittlung, die er nicht zu vertreten hat, Rechtsnachteile erleidet. Der Einzahler einer Gebühr soll damit rechnen dürfen, dass eine im Gebiet der Vertragsstaaten zehn Tage vor Fristablauf geleistete Zahlung beim gewöhnlichen Lauf der Dinge spätestens am letzten Fristtag im Besitz des Europäischen Patentamts ist.

---

Vorschlag

---

(1) Als Tag, an dem eine Gebühr als entrichtet anzusehen ist, gilt

- a) bei Einzahlung oder Ueberweisung auf ein Bankkonto oder ein Postscheckkonto des Europäischen Patentamts:  
der Tag der Gutschrift des Betrags auf dem Konto;
- b) bei Zahlung durch Postanweisung: der Tag des Eingangs des Betrags beim Europäischen Patentamt oder der Tag der Gutschrift des Betrags auf einem Postscheckkonto des Europäischen Patentamts;
- c) bei Uebergabe oder Uebersendung von Schecks: der Tag des Eingangs beim Europäischen Patentamt, sofern die Einlösung bei Vorlage erfolgt;
- d) bei Barzahlung: der Tag des Eingangs des Bargeldbetrags beim Europäischen Patentamt.

(2) Geht bei einer Gebührenzahlung, die innerhalb einer bestimmten Frist zu erfolgen hat, der nach Absatz 1 massgebende Tag dem letzten Tag der Zahlungsfrist nach, so gilt diese Frist als eingehalten, wenn der Einzahler nachweisen kann, dass er spätestens zehn Tage vor Fristablauf den Gebührenbetrag bei einem Bankinstitut oder einer Poststelle in einem Vertragsstaat zugunsten des Europäischen Patentamts eingezahlt oder den Auftrag zur Ueberweisung dieses Betrags auf ein Konto des Europäischen Patentamts einem Bankinstitut oder einem Postscheckamt eines Vertragsstaates formgerecht erteilt oder einen der Vorschrift des Artikels 5 Absatz 1 Buchstabe d entsprechenden Scheck, der bei Vorlage eingelöst wird, der Poststelle eines Vertragsstaates als eingeschriebene Postsendung übergeben hat. Das Europäische Patentamt kann den Einzahler auffordern, innerhalb einer zu bestimmenden Frist diesen Nachweis zu erbringen. Kommt er dieser Aufforderung nicht nach oder ist der Nachweis ungenügend, so gilt die Zahlungsfrist als versäumt.

---

Bemerkungen

---

Zu Artikel 9 Absatz 2

Vergleiche zu dieser Bestimmung die Bemerkung zu Artikel 67 Absatz 2 des Ueber-  
einkommens. Die entsprechende Vorschrift der Regel 15.5 des PCT lautet wie folgt:  
"Teilzahlung

a) Nennt der Anmelder die Staaten, auf die sich nach seinem Wunsch ein ge-  
zahlter Betrag als Bestimmungsgebühr beziehen soll, so wird der Betrag auf die ge-  
nannten Staaten in der vom Anmelder gegebenen Reihenfolge verrechnet.

b) Aeussert der Anmelder keinen solchen Wunsch und ist der beim Anmeldeamt  
eingegangene Betrag insgesamt höher als die Grundgebühr zuzüglich einer Bestim-  
mungsgebühr, jedoch niedriger als der nach der Zahl der Bestimmungsstaaten ge-  
schuldete Betrag, so gilt jeder die Grundgebühr und eine Bestimmungsgebühr über-  
steigende Betrag als Bestimmungsgebühr für die dem im Antrag zuerst genannten  
Staat folgenden Staaten in der Reihenfolge, in der diese im Antrag bestimmt sind,  
bis zu dem Staat einschliesslich, für den die gesamte Bestimmungsgebühr durch den  
insgesamt gezahlten Betrag gedeckt ist.

c) ...".

---

Vorschlag

---

(1) Eine Zahlungsfrist gilt grundsätzlich für dann als eingehalten, wenn der volle Gebührenbetrag rechtzeitig gezahlt worden ist. Ist nicht die volle Gebühr entrichtet worden, so wird der gezahlte Betrag nach dem Fristablauf zurück-erstattet. Das Europäische Patentamt kann jedoch, soweit die laufende Frist es erlaubt, dem Einzahler die Gelegenheit geben, den fehlenden Betrag nachzuzahlen. Es kann ferner, wenn dies der Billigkeit entspricht, geringfügige Fehlbeträge der zu entrichtenden Gebühr ohne Rechtsnachteil für den Einzahler unberücksichtigt lassen.

(2) Wurden im Antrag auf Erteilung des europäischen Patents mehr als ein Vertragsstaat gemäss Artikel 67 Absatz 1 des Uebereinkommens benannt und reicht der gezahlte Betrag nicht für alle Benennungsgebühren aus, so wird er entsprechend den Angaben verwendet, die der Anmelder bei der Zahlung macht. Hat er bei der Zahlung keine solchen Angaben gemacht, so gelten diese Gebühren nur für soviele Benennungen als entrichtet, als der gezahlte Betrag entsprechend der Reihenfolge, in der die Vertragsstaaten im Antrag benannt sind, ausreicht.

---

## Bemerkungen

---

### Zu Artikel 10

In dieser Bestimmung wird der Bemerkung zu Artikel 79 des Uebereinkommens Rechnung getragen:

Man kann sich fragen, ob nicht zumindest der Grundsatz der Rückerstattung im Uebereinkommen selbst verankert werden sollte. Der Vorsitzende vertritt die Auffassung, dass es nicht Sache der Gebührenordnung sein kann, die weiteren Einzelheiten der Rückerstattung zu regeln, insbesondere die Fragen, ob die Rückerstattung nur auf Antrag oder von Amts wegen erfolgt, welche Stelle über die Rückerstattung zu entscheiden hat, ob dem Anmelder gegen einen negativen Entscheid ein Beschwerderecht zusteht. Diese Fragen sollten vielmehr im Uebereinkommen oder zumindest in der Ausführungsordnung zum Uebereinkommen behandelt werden. Es wird ferner darauf hingewiesen, dass die Rückerstattung auch im Arbeitsabkommen zwischen dem Europäischen Patentamt und dem IIB geregelt werden sollte. Auf jeden Fall müsste dort eine Bestimmung aufgenommen werden, die sicherstellt, dass derjenige Teil der Recherchegebühr, der dem Anmelder zurückerstattet wird, vom IIB dem Europäischen Patentamt gutgeschrieben wird.

---

Vorschlag

---

Ist für eine Patentanmeldung, deren Priorität für die europäische Patentanmeldung beansprucht wird, beim Internationalen Patentinstitut in Den Haag bereits die Erstellung eines Berichts über den Stand der Technik entsprechend den für das europäische Patenterteilungsverfahren geltenden Massstäben beantragt worden, so wird dem Anmelder [die Hälfte] der in Artikel 2 Nummer 4 vorgesehenen Gebühr für die Einholung des Berichts über den Stand der Technik zurückerstattet, wenn der für die europäische Patentanmeldung zu erstellende Bericht in wesentlichen Teilen auf den ersten Bericht gestützt wird.

---

## Bemerkungen

---

### Zu Artikel 11

Die Gebühren, für welche die Ermässigung gewährt wird, und der Prozentsatz der Ermässigung können erst eingesetzt werden, wenn die Untergruppe "Ausführungsordnung" der Arbeitsgruppe I in Artikel ... (Nummer 2 zu Artikel 34) der Ausführungsordnung die entsprechenden Artikel des Uebereinkommens bestimmt hat (vgl. Bemerkung zu Artikel ... (Nummer 2 zu Artikel 34) der Ausführungsordnung; Dokument BR 42/70). Der zweite Satz dient daher nur der Klarstellung.

Gebührenermässigung

---

Vorschlag

---

Die in Artikel ... (Nummer 2 zu Artikel 34) der Ausführungsordnung vorgeschriebene Ermässigung beträgt ... %.  
Sie bezieht sich auf die in Artikel 2 Nummern ... aufgeführten Gebühren.

---

---

Bemerkungen

---

Artikel 12  
Inkrafttreten

---

Vorschlag

---

Diese Gebührenordnung tritt am ..... (Tag der Eröffnung des Europäischen Patentamts) in Kraft.

